



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte:**

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 ..... 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion ..... 1
- Sondersitzung zur Verabschiedung des GFG am 03. Dezember 2002, 14 Uhr ..... 2

- 2 Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW) ..... 3**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2965
- Ausschussprotokoll 13/689
- Diskussion ..... 3
  - Ergebnis: *kein Votum* ..... 4
- 3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern ..... 4**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2279
- Ausschussprotokoll 13/634
- Diskussion ..... 4
  - Ergebnis: *abgesetzt* ..... 4
- 4 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW) ..... 5**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2387
- Ausschussprotokoll 13/562
- Diskussion ..... 5
  - Ergebnis: *kein Votum* ..... 5
- 5 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes ..... 5**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2505
- Diskussion ..... 5
  - Ergebnis: *verschoben* ..... 6

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW) ..... 6**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2706
- Ausschussprotokoll 13/637
- Diskussion ..... 6
  - Ergebnis: *kein Votum* ..... 6
- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes ..... 7**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2854
- Diskussion ..... 7
  - Ergebnis: *kein Votum* ..... 7
- 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft ..... 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
- Diskussion ..... 7
  - Ergebnis: *verschoben* ..... 7
- 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit ..... 7**
- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3046
- Diskussion ..... 7
  - Ergebnis: *kein Votum* ..... 8

Ausschuss für Kommunalpolitik

27.11.2002

31. Sitzung (öffentlich)

rß

- 10 Betreutes selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen – Zuständigkeit in eine Hand ..... 8**
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/2379
- Ausschussprotokoll 13/648
- Diskussion ..... 8
  - Abstimmungsergebnis: *beschlossen* ..... 9
- 11 Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen ..... 9**
- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/896
- Ausschussprotokoll 13/387
- Abschließende Beratung und gegebenenfalls Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit
- 12 Landesnachweis „Engagiert im Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen**
- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2492
- Diskussion ..... 10
  - Ergebnis: *verschoben* ..... 10
- 13 Bahnflächenpool ..... 10**
- Bericht der Landesregierung zum Sachstand –
  - Bericht durch LMR Collinet (MSWKS) ..... 10
  - Diskussion ..... 11

<b>14</b>	<b>Evaluierung des Modellversuchs Migrationsausschüsse durch das Landeszentrum für Zuwanderung .....</b>	<b>14</b>
	– Bericht der Landesregierung –	
	– Bericht durch MDgt Winkel (IM) .....	14
<b>15</b>	<b>Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2003/2004 .....</b>	<b>15</b>
	Vorlage 13/1796	
	– Abstimmungsergebnis: <i>beschlossen</i> .....	15
<b>16</b>	<b>Verschiedenes .....</b>	<b>15</b>
	– Ausschussreise in die USA .....	15
	– Ergebnis .....	15
	– Verkauf von Schulgebäuden? .....	16
	– Ergebnis .....	16

\* \* \*



## 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2854

**Vorsitzender Jürgen Thulke** bemerkt vorab, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum am 9. Oktober federführend an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den AKo überwiesen worden. Möglicherweise werde es auf Wunsch der FDP-Fraktion noch ein Fachgespräch oder Hearing zur Videoüberwachung im Innenausschuss geben. – **Monika Düker (GRÜNE)** bestätigt dies und daher regt an, auf ein Votum zu verzichten. – Dem stimmt der Ausschuss zu.

## 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft

Antrag der Fraktion der CDU

**Vorsitzender Jürgen Thulke** schickt voraus, der CDU-Antrag sei vom Plenum am 9. Oktober federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie zur Mitberatung an den Städtebauausschuss und diesen Ausschuss überwiesen worden.

**Ursula Bolte (SPD)** merkt an, in der Sitzung des federführenden Ausschusses am 14. November sei Einvernehmen darüber erzielt worden, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Sie empfehle, den Punkt zu schieben, um den Bemühungen zu einer gemeinsamen Lösung breiten Raum zu geben. – Der Ausschuss folgt dem Vorschlag.

## 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3046

**Vorsitzender Jürgen Thulke** schickt voraus, der CDU-Antrag sei am 10. Oktober vom Plenum federführend an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung sowie zur Mitberatung an den AKo überwiesen worden. Nach abgeschlossener Aussprache könnte heute darüber befunden werden.

**Ewald Groth (GRÜNE)** merkt an, in dem Antrag gebe es einige Punkte, die sinnvollerweise noch einmal überlegt werden sollten. Er rege daher an, den Punkt ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben, damit sich dort die Fachleute darüber verständigten könnten, was davon wichtig und richtig und was abzulehnen sei. Dem wolle man nicht vorgreifen.